

Die Alterung der Gesellschaft und der Generationenkonflikt in Europa

Aging Societies and Intergenerational Conflict in Europe

Elias Naumann

Universität Mannheim, Sonderforschungsbereich 884 „Politische Ökonomie von Reformen“, 68131 Mannheim, Germany.
naumann@uni-mannheim.de

Moritz Hess

Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), 68161 Mannheim, Germany.
moritz.hess@mzes.uni-mannheim.de

Leander Steinkopf

Freie Universität Berlin, Arbeitsbereich Vergleichende Entwicklungspsychologie, Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin, Germany.
leander.steinkopf@fu-berlin.de

Zusammenfassung: Vor dem Hintergrund alternder Gesellschaften in Europa wird zunehmend vor einem Generationenkonflikt gewarnt. Doch haben Alte und Junge tatsächlich unterschiedliche Interessen und damit entgegen gesetzte Politikpräferenzen? Hierauf geben wir eine theoretische und eine empirische Antwort. Wir zeigen spieltheoretisch, dass Alte wie Junge ein Interesse an intergenerationaler Umverteilung haben sollten. Ein Konflikt bezüglich Transferzahlungen zwischen den Generationen ist erst zu erwarten, wenn die Gesellschaft altert. Unsere empirische Auswertung basiert auf Umfragedaten aus 27 EU-Mitgliedsländern im Jahr 2009 und zeigt einen schwachen Konflikt zwischen den Generationen. Die Zustimmung der Alten zu einer altenfreundlichen Ausgabenpolitik mit mehr Renten- und weniger Bildungsausgaben ist etwas stärker als die der Jungen. Allerdings finden wir keine Hinweise, dass der Konflikt zwischen Alten und Jungen mit einer Alterung der Gesellschaft stärker wird.

Schlagworte: Einstellungen zum Sozialstaat; Rentenausgaben; Bildungsausgaben; Generationenkonflikt; Spieltheorie; pensions game.

Summary: The possibility of upcoming intergenerational conflict in an aging society is a recurrent topic in scholarly and public debate. However, do old and young people really have opposing political preferences? We give a theoretical as well as an empirical answer to this question. Game theoretical modelling leads us to the conclusion that both old and young people might be expected to favor intergenerational redistribution, but also that aging within society might heighten the possibility of generational conflict. Empirical analyses based on survey data from twenty-seven EU member states reveal a rather weak conflict status. We find a small intergenerational difference in regard to preferences for governmental spending on education and pensions. Old people as compared to young people have a slight preference for a policy favoring old people. We do not find evidence that aging intensifies intergenerational conflict. Our results suggest that intergenerational conflict could be mitigated by adopting an active policy on aging.

Keywords: Welfare State Attitudes; Spending Preferences on Education; Spending Preferences on Pensions; Intergenerational Conflict; Game Theory; Pensions Game.

1. Einleitung

Im Jahr 2013 fand in Österreich eine Volksabstimmung über die Abschaffung der Wehrpflicht und des Zivildienstes statt. Die Mehrheit der älteren Bevölkerung stimmte für deren Beibehaltung, während sich die jungen Wähler mehrheitlich für deren Abschaffung entschieden. Die Jungen wollten keine

Zeit als Soldaten oder Zivildienstler verlieren, aber die Alten sahen ohne Zivildienstler das Gesundheits- und Pflegesystem in Gefahr. Aufgrund der zahlenmäßigen Überlegenheit der älteren Wähler wurde der Antrag zur Abschaffung des Wehr- und Zivildienstes abgelehnt (SORA/ISA 2013).

Es ist selten, dass gegensätzliche Interessen von Alten und Jungen bei einer politischen Streitfrage so

klar zu Tage treten. Dennoch veranschaulicht dieses Beispiel die viel diskutierte These, dass die Alterung der Gesellschaft zur Entstehung eines Generationenkonflikts führen könnte. Teilweise wird sogar vor einer Herrschaft der Alten gewarnt (European Commission 2009; Kotlikoff & Burns 2004; Sinn & Übelmesser 2002; siehe aber auch Esping-Andersen & Sarasa 2002; Sachweh 2011; Tepe & Goeres 2009).

Unter der Annahme eines eigeninteressierten, rationalen Akteurs wird in der bisherigen Forschung dafür argumentiert, dass Alte ihre Politikprogramme unterstützen und für mehr Rentenausgaben, aber gegen eine Erhöhung der Bildungsausgaben sind. Im Gegensatz dazu sollten Jüngere eher Bildungs- und Familienausgaben bevorzugen, da diese ihnen direkt zugutekommen. Die bisherige Einstellungsforschung stellt – wenn überhaupt – nur sehr schwache Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen fest und liefert damit wenig empirische Hinweise für die Existenz eines Generationenkonflikts (Busemeyer et al. 2009; Bonoli & Häusermann 2009; Keck & Blome 2008; Svallfors 2008; Wendt et al. 2011). Eine Erklärung für die inkonsistenten Ergebnisse ist die zu stark vereinfachende Perspektive eines ausschließlich eigeninteressierten Akteurs (Prinzen 2014; Wilkoszewski 2009) und die unzureichende Beachtung von Werten und Normen (Mau 2003; Sachweh 2012).

In diesem Artikel argumentieren wir dafür, dass die Erklärung von Politikpräferenzen auch von einer angemessenen theoretischen Einbettung in die aktuelle Rational-Choice-Literatur profitieren würde (vgl. auch Mehlkop & Neumann 2012). Wir zeigen, dass eine fundierte Anwendung der Rational-Choice-Theorie keinen Interessenkonflikt zwischen Alten und Jungen erwarten lässt. Sowohl Alte als auch Junge haben demnach in gleichem Maße ein Interesse an intergenerational umverteilenden Wohlfahrtsstaatsausgaben. Erst eine zunehmende Anzahl von Älteren lässt einen Generationenkonflikt erwarten. Es ist jedoch eine (zu) vereinfachende Sichtweise, dass die Alterung der Gesellschaft ausschließlich das zahlenmäßige Verhältnis von Alten und Jungen verändert. Ebenso entscheidend für die mögliche Entstehung eines Generationenkonflikts ist, wie sich die Alten in die Gesellschaft einbringen und wie sie an der Gesellschaft teilhaben können.

Wir testen unsere theoretisch abgeleiteten Erwartungen in einer international vergleichenden Untersuchung von 27 EU-Ländern und analysieren, (1) ob ein Interessenkonflikt zwischen Alten und Jungen existiert, (2) ob die Stärke des Konflikts mit der

Alterung der Gesellschaft zunimmt und (3) ob es für die Politik möglich ist, diesen Konflikt durch eine bessere Integration der Älteren in die Gesellschaft abzuschwächen. Dazu stellen wir die individuellen Präferenzen der Befragten bezüglich der beiden Politikbereiche mit dem stärksten Altersbezug gegenüber: Zum Einen die Unterstützung für Bildungsausgaben und zum Anderen die Ausgabenpräferenzen für Renten und Pensionen. Dadurch wird explizit modelliert, dass bei der individuellen Meinungsbildung ein Abwägungsprozess zwischen verschiedenen Politikbereichen stattfindet (Emery 2012). Wir greifen somit die Schlussfolgerung bisheriger Forschung auf, die zeigt, dass Einstellungsunterschiede zwischen Jungen und Alten sehr stark zwischen Politikbereichen (aber auch zwischen verschiedenen Ländern) variieren (Busemeyer et al. 2009). Wir ergänzen die bisherige Forschung, welche die Zustimmung zu einzelnen Bereichen des Wohlfahrtsstaates unabhängig voneinander untersucht (Mehlkop & Neumann 2012; Naumann 2014a; Wendt et al. 2011), durch eine innovative Messung individueller Wohlfahrtsstaateinstellungen, die gleichzeitig verschiedene Bereiche des Wohlfahrtsstaates erfasst. Ein letzter Beitrag unseres Artikels ist die Evaluation, ob eine aktive Altenpolitik das Potential hat, den Generationenkonflikt abzuschwächen. Dabei greifen wir Ansätze aus der aktuellen Forschung zu *policy feedback*-Effekten auf (Mettler & Soss 2004; Kumlin & Stadelmann-Steffen 2014). Die Abschätzung der Feedback-Effekte von Politik ist sowohl aus wissenschaftlicher Perspektive, aber auch für die Politik von großem Interesse.

2. Die Erklärung des Generationenkonflikts

In folgendem Abschnitt werden wir erklären, wie die Alterung der Gesellschaft den Generationenkonflikt beeinflusst. Da wir uns jedoch auf einen Aspekt des Generationenkonflikts – nämlich den Interessenkonflikt zwischen den Generationen – konzentrieren werden, erscheint es sinnvoll, zunächst den Generationenkonflikt zu definieren. Ein anschließender kurzer Literaturüberblick zum Thema soll zeigen, dass eine spieltheoretische Einbettung der Wohlfahrtsstaatsliteratur sinnvoll ist. Die spieltheoretische Modellierung der Generationenbeziehungen ist dann Grundlage, um Hypothesen abzuleiten, wie die Alterung der Gesellschaft und die Politik des aktiven Alterns den Generationenkonflikt beeinflussen. Abschließend werden wir die Rolle der Familie für die Generationenbeziehungen

diskutieren. Diese nimmt für intergenerationale Transfers eine bedeutende Rolle ein, findet aber in unserer empirischen Analyse der Einstellungen gegenüber staatlichen intergenerationalen Transferleistungen lediglich als Kontrollvariable Beachtung.

2.1 Definition des Generationenkonflikts

Damit ein Konflikt gesellschaftlich und politisch relevant wird, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein. Zunächst müssen die Konfliktgruppen – seien es soziale Klassen, Männer und Frauen oder eben Generationen – unterschiedliche (politische) Präferenzen haben. Das wird in der Klassentheorie als „Klasse an sich“ bezeichnet. Zusätzlich zu einem Einstellungskonflikt müssen die Konfliktgruppen aber auch ein Bewusstsein für ihre gemeinsamen Präferenzen entwickeln. Sie müssen zu „Klassen für sich“ werden, um politisch aktiv zu werden (Dahrendorf 1959; May 2013). Wie wir zeigen werden, ist es im Zusammenhang mit dem Generationenkonflikt bisher theoretisch und empirisch eine noch ungeklärte Frage, ob überhaupt ein Einstellungskonflikt zwischen den Generationen besteht. Entsprechend beschränken wir uns in unserem Beitrag auf die Untersuchung von Einstellungsgegensätzen zwischen Generationen und setzen im Folgenden zumindest begrifflich Generationenkonflikt mit einem Konflikt der (politischen) Präferenzen gleich.

Was nun den Konflikt der Präferenzen zwischen zwei Generationen angeht, so kann dieser auf drei Ursachen zurückgeführt werden (May 2013). Zum Ersten unterscheiden sich Generationen in ihrer aktuellen Stellung im Lebensverlauf. Sie sind beispielsweise Studenten, gehören zur arbeitenden Bevölkerung oder sind im Ruhestand. Daraus können unterschiedliche Interessen entstehen, was die Politik (für sie) tun sollte (*Alterseffekt*). Zum Zweiten unterscheiden sich Generationen in ihrer Kohortensozialisation, haben also unter Umständen unterschiedliche Werte und Vorstellungen davon, was die Politik machen sollte (*Kohorteneffekt*). Und drittens, können sich im Verlauf der Zeit die sozioökonomischen Rahmenbedingungen verändern. Das betrifft beispielsweise die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Situation des Landes oder auch den demografischen Wandel und damit das zahlenmäßige Verhältnis der Generationen zueinander. Auch der sozioökonomische Kontext beeinflusst politische Einstellungen (*Periodeneffekt*).

Obwohl es grundsätzlich von Interesse ist, die drei Erklärungsfaktoren Eigeninteressen, Werte und Kontextfaktoren voneinander zu unterscheiden (Mau

2003, Naumann 2014a), ist für unsere Fragestellung vor allem relevant, ob sich Generationen überhaupt in ihren Einstellungen unterscheiden, und zu untersuchen, ob der Kontext, d. h. die Alterung der Gesellschaft, die Stärke dieses Konflikts beeinflusst. Dabei vernachlässigen wir die Frage, in welchem Umfang die Unterschiede auf Werte und unterschiedliche Kohortensozialisation oder aber auf Eigeninteressen zurückzuführen sind. So spielt es ja auch bei der Untersuchung von Klassenkonflikten und deren Einfluss auf die Entwicklung des Sozialstaates (Korpi & Palme 2003) eine eher untergeordnete Rolle, ob die unterschiedlichen sozialpolitischen Präferenzen der Klassen nun auf unterschiedlichen Interessen oder klassenspezifisch sozialisierten Werten beruhen.

2.2 Forschungsüberblick

Der vorherrschende Ansatz zur Erklärung von sozialpolitischen Präferenzen ist die Annahme eines rationalen, eigeninteressierten Akteurs (Meltzer & Richard 1981; Iversen & Soskice 2001). In Bezug auf den Wohlfahrtsstaat wird vereinfacht davon ausgegangen, dass sich zwei Gruppen gegenüberstehen. Auf der einen Seite gibt es die Befürworter des Wohlfahrtsstaates, die mehr sozialstaatliche Leistungen erhalten als sie Beiträge leisten. Auf der anderen Seite sollten diejenigen, deren Beiträge zum Sozialstaat höher als der erwartete Nutzen sind, dem Wohlfahrtsstaat eher skeptisch gegenüberstehen. Betrachten wir nun entsprechende Interessengegensätze zwischen den Generationen, gelten die Bildungs- und Rentenpolitik als die Politikbereiche mit dem stärksten Altersbezug (Busemeyer et al. 2009; Goerres & Tepe 2010; Sachweh 2011). Während von Bildungsausgaben die jungen Alterskohorten profitieren, erhalten nur die Alten Renten- und Pensionszahlungen. Die Jungen sollten also Bildungsausgaben befürworten, da sie von diesen direkt profitieren. Hingegen sollten sie eine Erhöhung von Rentenausgaben ablehnen, da sie als erwerbstätiger Teil der Bevölkerung die Hauptlast dieser Ausgabensteigerung zu tragen haben. Im Gegensatz dazu sollten alte Leute höhere Rentenausgaben befürworten, jedoch einer Erhöhung von Bildungsausgaben kritisch gegenüberstehen. Die diesbezüglichen empirischen Untersuchungen liefern bisher kein eindeutiges Ergebnis. Während in Bezug auf konkrete familienpolitische Reformvorschläge wie die Erhöhung des Kindergeldes ein Generationenkonflikt für Deutschland festgestellt wird (Mehlhop & Neumann 2012), finden europäisch vergleichende Untersuchungen zu Wohlfahrtsstaatseinstel-

		P ₂	
		Etwas abgeben (C)	Nichts abgeben (D)
P ₁	Etwas abgeben (C)	3 / 3	1 / 4
	Nichts abgeben (D)	4 / 1	2 / 2

Bemerkung: Das *pension game* hat die gleiche Auszahlungsmatrix wie das *poverty game*. Allerdings eignet sich die hier gewählte Normalform als Darstellung für das *pension game* nicht, da das *pension game* unendlich oft mit immer wechselnden Spielern wiederholt wird.

Abb. 1: Das *poverty game* in der Normalform

lungen (Busemeyer et al. 2009; Keck & Blome 2008; Svallfors 2008; Wendt et al. 2011) oder auch zum Wahlverhalten (Bonoli & Häusermann 2009; Goerres 2008) keine oder nur sehr schwache Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen.

Als Grund für diese Ergebnisse wird oft die zu stark vereinfachende Perspektive eines ausschließlich eigeninteressierten Akteurs genannt (Prinzen 2014; Wilkoszewski, 2009) und auf die Bedeutung von moralischen Werten bei der Herausbildung von politischen Präferenzen verwiesen (Mau 2003; Sachweh 2012). Insbesondere innerfamiliäre Solidarität und Gerechtigkeitsvorstellungen können die Stärke des Generationenkonflikts beeinflussen (Goerres & Tepe 2010). Neben der Beachtung von Werten würde die Wohlfahrtsstaatseinstellungsforschung jedoch auch von einer besseren theoretischen Einbettung in die Rational-Choice-Literatur profitieren (vgl. auch Mehlkop & Neumann 2012). Wie wir im Folgenden zeigen werden, ist eine Umverteilung zwischen den Generationen nämlich auch möglich, wenn man von ausschließlich eigeninteressierten Akteuren ausgeht.¹

2.3 Spieltheoretische Modellierung des Generationenkonflikts

Die grundlegende Entscheidungssituation, in der sich Alte und Junge befinden, lässt sich mit dem

¹ Mit einer Erklärung, die ausschließlich auf dem Eigeninteresse der Akteure beruht, behaupten wir nicht, dass moralische Werte und Gerechtigkeitsvorstellungen bei der Erklärung von Politikpräferenzen keine Rolle spielen. Der aktuelle Forschungsstand zeigt unmissverständlich, dass sowohl das Eigeninteresse als auch Werte wichtige Erklärungsfaktoren für politische Einstellungen sind (Svallfors 2012). Im Sinne eines möglichst sparsamen theoretischen Modells verzichten wir jedoch an dieser Stelle auf die Einbeziehung von Werten bei der Erklärung der individuellen Einstellungen. Die Gültigkeit unserer Hypothese wird dadurch verstärkt, dass schon zwischen ausschließlich eigeninteressierten Akteuren kein Generationenkonflikt zu erwarten ist. Die Hinzunahme von Werten wie beispielsweise Generationengerechtigkeit würde diese Erwartung nur noch weiter stützen.

pension game darstellen (Hammond 1975).² Es ist eine Erweiterung des *poverty game*, das deshalb zunächst dargestellt werden soll. Im *poverty game* gibt es zwei Akteure, P₁ und P₂, die zwei Runden miteinander interagieren. In der ersten Runde (t₁) ist P₁ reich, er besitzt beispielsweise eine Tafel Schokolade und kann diese zwischen sich und Akteur P₂ aufteilen. Akteur P₂ ist in t₁ arm und erhält keine Schokolade. In der nächsten Runde t₂ werden die Rollen getauscht: P₂ ist nun reich, er bekommt eine Tafel Schokolade und entscheidet, ob er einen Teil davon an P₁ abgeben möchte. Schokolade kann von einer Runde zur nächsten nicht gelagert werden, sondern muss entweder konsumiert oder geteilt werden. Der Nutzen der Akteure hängt ausschließlich von der Menge der Schokolade ab, die sie in jeder Runde konsumieren. Die Nutzenfunktion ist konkav, d. h. der Grenznutzen der konsumierten Schokolade in beiden Runden ist abnehmend. Die Akteure haben also ein Interesse daran, ihren Schokoladenkonsum über die Runden konstant zu halten.

Abbildung 1 veranschaulicht die grundlegende Struktur des Spiels. Die Akteure entscheiden sich jeweils, ob sie nicht teilen und die Schokolade für sich behalten, oder ob sie ihre Schokolade teilen und die Hälfte davon abgeben. Finden keine Transaktionen statt, dann hat Akteur P₁ in der ersten Runde ein Überangebot an Schokolade, hungert aber in Runde 2. Deshalb ist der Nutzen bei gegenseitiger Kooperation größer, obwohl die Gesamtmenge an konsumierter Schokolade über die beiden Runden summiert die gleiche wäre. Bei einem einmaligen Spiel, aber auch bei einer endlichen, wiederholten Inter-

² Die Anzahl der Spieler im *pension game* lässt sich erweitern, so dass es beispielsweise drei Gruppen gibt: die Jungen, die noch nicht arbeiten, weil sie noch in Ausbildung sind, die mittelalte, arbeitende Bevölkerung und die Älteren, die schon in Rente sind. In dem Fall könnten die Transfers von der mittleren Altersgruppe sowohl zu den Alten als auch zu den Jungen fließen. Die Struktur der strategischen Entscheidung sowie die daraus ableitbaren Schlussfolgerungen verändern sich dadurch nicht (Dickson & Shepsle 2001).

aktion ist das Behalten der Schokolade für jeden Spieler die dominante Strategie. Die beidseitige Entscheidung, nicht zu teilen, ist also das Gleichgewicht im *poverty game*. Es ist jedoch pareto-suboptimal, da beide Akteure bei beidseitiger Kooperation bessergestellt wären.

Wie verändert sich diese Situation nun im *pension game*? In der ersten Runde zum Zeitpunkt t ist Spieler P_1 jung und kann sich durch seine Arbeit seinen Lebensunterhalt verdienen. Spieler P_0 ist alt und auf die Unterstützung des jungen Akteurs P_1 angewiesen (Abbildung 2). In der zweiten Runde $t+1$ ist Akteur P_1 gealtert, verdient kein eigenes Einkommen mehr und ist nun auf Transfers des jungen Akteurs, nun P_2 , angewiesen. Im Vergleich zum *poverty game* ist das jedoch nicht mehr der gleiche Akteur wie in der vorigen Runde. Im *pension game* gibt es also eine unendliche Anzahl von Spielern P_t ($t = 0, 1, 2, 3, \dots$). Jeder Spieler nimmt jedoch nur an zwei Runden teil. In der ersten Runde bekommt P_1 ein Einkommen, das er mit der vorangehenden, alten Spielergeneration (P_0) teilen kann. In der zweiten Runde ($t+1$) ist P_1 alt, hat kein eigenes Einkommen mehr und ist an einem Transfer der neuen, jungen Spielergeneration P_2 interessiert (Abbildung 2).

Im Unterschied zum *poverty game* wird das *pension game* unendlich oft wiederholt, da es eine unendlich lange Sequenz an Spielern gibt. Die grundlegende Auszahlungsmatrix, wie in Abbildung 1 für das *poverty game* dargestellt, ändert sich jedoch nicht. Die unendliche Wiederholung eines Spiels eröffnet die Möglichkeit, dass auch kooperative Strategien und damit die Bezahlung einer Rente an die jeweils alte Generation ein Gleichgewicht darstellt (Aumann 1959; Axelrod & Hamilton 1981). Unter welchen Bedingungen würde ein Akteur eine Rente bezahlen? Wenn P_t erwartet, dass er dann und nur dann eine Rente von P_{t+1} bekommt, wenn er selbst eine Rente an P_{t-1} bezahlt, dann hätte er einen Anreiz einen Teil seines Einkommens zum Zeitpunkt t an P_{t-1} abzugeben. „The egoist is worried that, if he breaks the contract, then many others may also decide to break the contract later on, with the result that the egoist’s needs are not adequately met if he

should ever require help in the future.“ (Hammond 1975: 116) Eine solche Abwägung beinhaltet sowohl einen „Schatten der Zukunft“ (Axelrod & Hamilton 1981) als auch die Annahme von indirekter Reziprozität (Alexander 1987). Sowohl ein großer „Schatten der Zukunft“ als auch indirekte Reziprozität begünstigen die Entstehung von Kooperation, ohne dass direkte Reziprozität nötig ist (Axelrod & Hamilton 1981; Riolo et al. 2001).

Formal bedeutet die unendliche Wiederholung des Spiels, dass es mehrere Nash-Gleichgewichte gibt, u. a. auch die beidseitige Kooperation (*folk theorem*, vgl. Friedman 1971). Zu einem solchen Gleichgewicht kommt es beispielsweise, wenn alle Spieler eine Trigger-Strategie spielen. Eine Trigger-Strategie gibt vor, dass man kooperiert, wenn alle vorherigen Spieler auch kooperiert haben. Sobald ein Spieler in den vorhergehenden Spielen nicht kooperiert hat, führt das dazu, dass auch die folgenden Spieler nicht mehr kooperieren. Dies bedeutet, dass P_t durch seine eigene Kooperation zum Zeitpunkt t die Entscheidung von P_{t+1} beeinflussen kann. Die kurzfristigen Gewinne der Nicht-Kooperation würden nicht den langfristigen Schaden der Defektion aufwiegen. Es besteht für P_t also kein Anreiz, einseitig von der Trigger-Strategie abzuweichen, wenn er annimmt, dass alle anderen Spieler bei ihrer Strategie bleiben.

Die Spieltheorie macht zunächst keine Aussagen darüber, welches der möglichen Gleichgewichte nun tatsächlich entsteht bzw. gewählt wird. Im *pension game* stellt auch die Situation ein Gleichgewicht dar, in der keine Transfers stattfinden und keine Renten bezahlt werden (Dickson & Shepsle 2001). Doch wie wir gezeigt haben, ist eben auch die Situation, in der Renten bezahlt werden, ein Gleichgewicht. Und dieses Gleichgewicht ist im Vergleich zur gegenseitigen Defektion pareto-superior. Wie Fudenberg und Maskin (1990) zeigen, sind kooperative Strategien in wiederholt gespielten Gefangenendilemmata evolutionär stabil. Es ist also auch theoretisch durchaus plausibel, dass sich im *pension game* ein Gleichgewicht gegenseitiger Kooperation entwickelt, wenn sowohl Junge als auch Alte aus rein eigennütigen Motiven der Zahlung von Renten zustimmen. Empirisch wird diese Erwartung bestätigt, und die Teilnehmer entscheiden sich in Laborexperimenten für effiziente Transferzahlungen an die jeweils ältere Spielergeneration (van der Heijden et al. 1998; Offerman et al. 2001). Institutionalisiert ist das kooperative Gleichgewicht im *pension game* beispielsweise in Deutschland durch den Generationenvertrag. Auch die Existenz

		Zeit (t)					
Generation	[...]	0	1	2	3	4	[...]
Jung		P_1	P_2	P_3	P_4	P_5	
Alt		P_0	P_1	P_2	P_3	P_4	

Abb. 2: Die Abfolge der Spieler im *pension game*

interfamiliärer Transferzahlungen sind ein Hinweis für ein kooperatives Gleichgewicht (Kohli 1999).

2.4 Die Alterung der Gesellschaft und der Generationenkonflikt

Eine solche spieltheoretisch fundierte Argumentation liefert also nur wenige Hinweise dafür, dass tatsächlich ein Interessenkonflikt zwischen den Generationen bezüglich der Ausgaben des Wohlfahrtsstaates besteht. Die Annahme eines Generationenkonflikts wird jedoch in der bisherigen Forschung zumeist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und knapper öffentlicher Mittel untersucht (Busemeyer et al. 2009; Tepe & Vanhuysse 2009). Steigende Lebenserwartungen und fallende Geburtenraten führen in Europa, Nordamerika und Teilen Asiens zu einem Altern der Gesellschaften. Bis 2020 wird der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung Europas auf 17,4 Prozent wachsen, im Vergleich zu 13,7 Prozent im Jahr 1990. Der Anteil der über 85-Jährigen wird sich sogar von 2,5 auf 5 Prozent verdoppeln.

Wie verändert sich also das *pension game*, wenn die Gesellschaft altert? Zum einen lässt sich die Alterung der Gesellschaft so verstehen, dass einige junge Spieler in der zweiten Runde, wenn sie selbst alt sind, keinen jungen Spielpartner mehr haben. Aus einem unendlich oft wiederholten Spiel wird ein endlich wiederholtes Spiel, wodurch die Defektion, d. h. die Nicht-Zahlung eines Transfers an die ältere Generation, auch schon in der ersten Runde zur dominanten Strategie wird (Rückwärtsinduktion, vgl. Aumann 1995). Zum anderen lässt sich die Alterung der Gesellschaft in das *pension game* über die Auszahlungsmatrix integrieren. Aufgrund der im Vergleich zu den Alten sinkenden Anzahl an jungen, arbeitenden Spielern, verringert sich der Betrag, den die Jungen überhaupt an die Alten transferieren können. Diese Veränderung der Handlungsalternativen führt wiederum dazu, dass die Jungen nichts an die Alten transferieren werden, wenn sie erwarten, dass sie, unabhängig von ihrem eigenen Verhalten, in der folgenden Runde nichts bekommen werden. Im Hinblick auf die Einstellungen zum Sozialstaat ist also zu erwarten, dass die Zustimmung der Jungen zu staatlichen Transferzahlungen an die Alten abnimmt. Die Bereitschaft, die Ausgaben für das Rentensystem zu erhöhen, sollte angesichts der Alterung der Gesellschaft also sinken. Wir erwarten also, dass die Alterung der Gesellschaft die Stärke des Generationenkonflikts bestimmt.

H1: Je älter die Bevölkerung wird, desto stärker wird der Konflikt zwischen Alten und Jungen.

Sollte der Generationenkonflikt bisher noch nicht in allen Ländern spürbar sein, sondern erst in Zukunft mit steigendem Alter der Bevölkerung zu Tage treten, wäre das eine weitere mögliche Erklärung dafür, dass bisherige Untersuchungen des Generationenkonflikts zu keinem eindeutigen Ergebnis gekommen sind.

2.5 Der Einfluss aktiven Alterns auf den Generationenkonflikt

Doch ist es lediglich die Anzahl der Alten, die die Stärke des Konflikts bestimmt? Im Folgenden argumentieren wir dafür, dass es nicht ausschließlich die Anzahl der Alten ist, die das Ausmaß des Generationenkonflikts bestimmt, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe der Alten. Diese wird durch den politischen und institutionellen Rahmen eines Landes bestimmt. Entsprechende Maßnahmen der letzten Jahre sind unter dem Stichwort *active ageing* zusammengefasst (WHO 2002). Unter *active ageing* versteht man Politikmaßnahmen, die das gesunde und aktive Altern fördern. „Aktives Altern ermöglicht es den Menschen, ihr Potenzial für körperliches, soziales und geistiges Wohlbefinden im Verlaufe ihres gesamten Lebens auszuschöpfen und am sozialen Leben in Übereinstimmung mit ihren Bedürfnissen, Wünschen und Fähigkeiten teilzunehmen.“ (WHO 2002: 12) Die Alten sind also stärker in der Gesellschaft präsent, nehmen am Arbeitsleben teil, engagieren sich ehrenamtlich und bestimmen die Politik mit. Die stärkere Präsenz der Alten im politischen Prozess kann als bedrohlich empfunden werden, wenn die Jungen das Gefühl haben, dass ihre eigenen Interessen nicht mehr ausreichend repräsentiert werden. Schließlich ist auch die Politik des *active ageing* mit Kosten verbunden. Im Sinne der Generationengerechtigkeit könnten Junge als Ausgleich nun verstärkt politische Maßnahmen fordern, die ausschließlich ihnen zu Gute kommen. Damit würde das eigentliche Ziel des *active ageing*, die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern, konterkariert.

H2a: Je aktiver die Alten in einer Gesellschaft sind, desto stärker ist der Konflikt zwischen Alten und Jungen.

Jedoch macht die Politik des *active ageing* auch das Potential der Alten für die Gesellschaft deutlich. Alte leisten Hilfe innerhalb der Familie, sie betreuen Kinder, sie engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen und gestalten das kulturelle Leben mit

(Kohli & Kühnemund 2005). Ihre zunehmende und längere Beteiligung am Erwerbsleben reduziert die Kosten für das Renten- und Gesundheitssystem und betont den Wert ihrer Arbeitskraft und ihrer Erfahrung für die Produktivität der Gesellschaft. Darüber hinaus stellen die Alten mit ihrer Kaufkraft einen wachstumsfördernden Wirtschaftsfaktor dar. Die Politik des *active ageing* verändert also das Bild der Alten in der Gesellschaft und hat damit einen interpretativen Effekt. Werden zunehmend der Beitrag der Alten und das Potential gesehen, das die Alterung der Gesellschaft birgt, dann kann das zu einer Abschwächung des Generationenkonflikts führen. Hieraus leiten wir die nächste Hypothese ab, die im direkten Gegensatz zu der vorherigen steht.

H2b: Je aktiver die Alten in einer Gesellschaft sind, desto schwächer ist der Konflikt zwischen Alten und Jungen.

2.6 Die Rolle der Familie im Generationenkonflikt

Die Wohlfahrtsstaatsforschung unterscheidet drei Akteure, die für wohlfahrtsstaatliche Leistungen verantwortlich sein können: den Staat, die Familie und den Markt (Daly 2010). Intergenerationale Transfers können also staatlich organisiert sein, etwa in der Form von Renten oder staatlich finanzierten Schulen und Universitäten, oder von der Familie geleistet werden, beispielsweise als Unterstützung im Alter oder Finanzierung des Lebensunterhalts während Ausbildung und Studium. Zeigt sich keine der beiden Institutionen verantwortlich, so ist jedes Individuum selbst dafür verantwortlich, Vorsorge fürs Alter zu treffen oder die eigene Ausbildung zu finanzieren.

In unserem Beitrag konzentrieren wir uns auf die Zustimmung zu staatlichen Transferleistungen zwischen den Generationen. Zum einen hat dies den praktischen Grund, dass eine Untersuchung staatlicher und zugleich familiärer Transferleistungen den Rahmen eines Zeitschriftenartikels sprengen würde. Zum anderen halten wir die Annahme eines eigeninteressierten Akteurs in einer Rational-Choice-Erklärung im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat für passend und gerechtfertigt. Innerhalb der Familie spielen jedoch auch andere Motivationen als das Eigeninteresse eine entscheidende Rolle, zum Beispiel Altruismus (Becker 1981). Die Annahme eines ausschließlich eigeninteressierten Akteurs erscheint uns innerhalb der Familie als nicht gerechtfertigt.

Was die Gültigkeit unserer Ergebnisse angeht, sehen wir keine Probleme darin, die Einstellungen zu in-

trafamiliären Transfers und zu staatlichen Transfers getrennt voneinander zu untersuchen und die Rolle der Familie nicht weitergehend zu beachten. Unter welchen Bedingungen würden intrafamiliäre Transfers unsere Ergebnisse verfälschen? Dies wäre dann der Fall, wenn wir einen Generationenkonflikt bezüglich der staatlichen Transfers feststellten, dieser jedoch tatsächlich deutlich schwächer wäre, weil ein ausgeprägtes System intrafamiliärer, intergenerationaler Transfers bestehen würde. Wir würden also in manchen Ländern einen starken Konflikt bezüglich der nicht gewollten staatlichen Transferleistung feststellen, weil diese durch ein starkes Familiensystem erbracht werden. Genauso könnte es sein, dass wir keinen Konflikt bezüglich staatlicher Transferleistungen feststellten, obwohl es innerhalb der Familie unterschiedliche Meinungen darüber gibt, wie Kinder, Eltern und Großeltern sich gegenseitig unterstützen sollten. Diese These der Konkurrenz von Familie und Staat bzw. des „crowding out“ intrafamiliärer Transfers durch staatliche Leistungen findet empirisch jedoch kaum Unterstützung. Vielmehr scheint es so, als ob staatliche Leistungen und familiäre Transfers komplementär sind und sich teilweise sogar gegenseitig verstärken (Kohli 1999; Motel-Klingebiel et al. 2005).

Obwohl die Familie neben dem Staat ein wichtiger gesellschaftlicher Bereich ist, in dem sich ein Generationenkonflikt bemerkbar machen könnte, konzentrieren wir uns im Folgenden ausschließlich auf staatliche intergenerationale Transfers. Dies scheint aus zwei Gründen gerechtfertigt. Zum einen erscheint es uns unpassend, familiäre Austauschbeziehungen mit dem von uns angenommenen, ausschließlich eigeninteressierten Akteursmodell zu modellieren. Zum anderen nehmen wir an, dass die Vernachlässigung der Familie unsere Ergebnisse bezüglich der Präferenz für staatliche intergenerationale Transfers nicht verfälscht. So zeigt die bisherige Forschung, dass intergenerationale Austauschbeziehungen in der Familie nicht in Konkurrenz, sondern eher komplementär zu staatlichen intergenerationalen Transfers des Staates stehen.

3. Methodisches Vorgehen, Daten und Operationalisierung

Unsere Analysen basieren auf Daten des Eurobarometer, das trotz wiederholter Kritik an der Qualität der Befragungen als eine akzeptable Datenquelle für (sozial)wissenschaftliche Analysen angesehen wird (Bläser 2013). Im Jahr 2009 wurden in den 27 Mitgliedstaaten der EU jeweils etwa 1.000 zufällig

ausgewählte Bürger im Alter ab 15 Jahren telefonisch befragt (Europäische Kommission 2009). In die Analysen aufgenommen wurden Befragte, die für alle relevanten Variablen gültige Werte haben. In unseren Auswertungen verwenden wir die vom Eurobarometer bereitgestellten *post-stratification weights*.

Um Erklärungsfaktoren auf der Länderebene von individuellen Erklärungsfaktoren zu unterscheiden und den Einfluss von Drittvariablen zu kontrollieren, schätzen wir logistische Mehrebenenmodelle. Solche kommen zur Anwendung, wenn eine hierarchische Datenstruktur vorliegt, also in unserem Fall die Befragten (auf der unteren Ebene) in den Ländern (der höheren Ebene) gruppiert sind.³ Diese Datenstruktur würde bei der Anwendung einer einfachen OLS-Regression Probleme bereiten, da vor allem die Standardfehler unterschätzt würden. Die Verwendung eines Mehrebenenmodells erlaubt es, Unterschiede zwischen den Ländern unabhängig von den Unterschieden zwischen Personen zu untersuchen (Hox 2010).

3.1 Ausgabenpräferenzen für Renten und Bildung – die abhängige Variable

Um einen möglichen Interessenkonflikt zwischen den Generationen zu messen, untersuchen wir die Ausgabenpräferenzen der Befragten für verschiedene Bereiche des Sozialstaats. Ausgabenpräferenzen sind ein Standardindikator zur Bestimmung der individuellen Wohlfahrtsstaatseinstellung (Busemeyer et al. 2009; Wlezién 1995). Dabei unterscheiden wir die beiden Bereiche des Wohlfahrtsstaats mit dem stärksten Altersbezug: Rente und Bildung. Die Ausgabenpräferenzen wurden mit den folgenden Items erhoben:

- „Unsere Regierung muss viel mehr Geld für Rente und Altenpflege zur Verfügung stellen.“
- „Unsere Regierung gibt zu wenig für Bildung und junge Menschen im Vergleich zu älteren Menschen aus.“

Ihre Zustimmung bzw. Ablehnung sollten die Befragten auf einer 4-er Skala angeben, die von „Lehne voll und ganz ab“ über „Lehne eher ab“, „Stimme eher zu“ bis „Stimme voll und ganz zu“ reichte. Wir kombinieren die Antworten auf die beiden Fragen in einer abhängigen Variable, die die

³ Der Anteil der Varianz auf der Länderebene (Intraklassenkoeffizient des leeren Modells) ist mit 3,5 % zwar recht gering, aber dennoch signifikant ($p < 0.05$) von 0 verschieden.

Umverteilungspräferenz zwischen den beiden Politikbereichen und auch zwischen den Generationen erfasst⁴. Befürworter einer explizit altenfreundlichen Politik sind für Ausgabensteigerungen bei Renten, aber nicht bei der Bildung (markiert in Tabelle 1). Drei unterschiedliche Gruppen fassen wir als Gegner einer explizit altenfreundlichen Politik zusammen: Personen, die sowohl für Bildung als auch für Rente mehr Geld ausgeben wollen, solche, die für beide Politikbereiche weniger Geld ausgeben wollen, und schließlich solche, die explizit eine Politik im Sinne der Jungen befürworten mit höheren Bildungs- und niedrigeren Rentenausgaben.

Die Kombination dieser beiden Fragen in eine abhängige Variable baut auf zwei Erkenntnissen bisheriger Forschung auf und stellt damit einen eigenen, auch theoretisch begründeten Beitrag zum Forschungsstand dar. So spiegelt die Operationalisierung eine umfassende Literatur wider, die zeigt, dass Interessenkonflikte in der Politik nicht mehr nur unter einer Dimension zusammengefasst werden können (u. a. Goerres & Prinzen 2012; Iversen & Soskice 2001). Menschen sind nicht nur entweder für oder gegen mehr Ausgaben unabhängig vom Politikfeld, sondern haben differenzierte Präferenzen. Sie bevorzugen beispielsweise eine Erhöhung der Renten, aber nicht der Bildungsausgaben. Zudem wird die bisherige Forschung, die in der Regel keine Anzeichen für einen Generationenkonflikt findet, dafür kritisiert, dass Ausgabenpräferenzen für Renten und Bildung getrennt voneinander analysiert werden (Wilkoszewski 2009). Somit werden die Befragten nicht dazu gezwungen zwischen den beiden Bereichen abzuwägen, sondern können eine Ausgabenerhöhung für beide Bereiche befürworten (Boeri et al. 2001). Im Zusammenhang mit einer Alterung der Gesellschaft ist dies jedoch eine zunehmend unrealistische Alternative, die zudem mögliche Interessenkonflikte verdeckt. Die Kombination der beiden Items ermöglicht es auf der Individual-

⁴ Es wäre wünschenswert gewesen, dass die Formulierung der beiden Items nicht voneinander abweicht, um Verzerrungen des Antwortverhaltens zu minimieren. So unterscheiden sich die Items in ihrem auffordernden oder bewertenden Charakter: Einmal „Unsere Regierung muss viel mehr Geld ... zur Verfügung stellen.“, das andere Mal „Unsere Regierung gibt zu wenig ... aus“. Des Weiteren bezieht sich das erste Item nur auf die Ausgaben für Alte während das zweite Item einen Trade-Off zwischen Jungen und Alten formuliert. Aus Mangel an Alternativen müssen wir aber mit den vorliegenden Items Vorlieb nehmen. Um die Robustheit der Ergebnisse zu testen werden die beiden Variablen zusätzlich auch einzeln ausgewertet (Tabelle A5 im Online-Anhang unter www.zfs-online.org/).

Tabelle 1 Altenfreundliche Ausgabenpräferenz: Einstellungen zu Renten- und Bildungsausgaben, rel. Häufigkeit (abs. Häufigkeit in Klammern)

		Mehr Geld für Rente und Pflege				
		Lehne voll und ganz ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu	
Zu Wenig Geld für Bildung und Junge im Vergleich zu Alten	Lehne voll und ganz ab	9 % (2117)		42 % (9952)		23 % (5459)
	Lehne eher ab					28 % (6610)
	Stimme eher zu	7 % (1578)		42 % (10033)		25 % (5848)
	Stimme voll und ganz zu					24 % (5763)
		5 % (1118)	11 % (2577)	32 % (7484)	52 % (12501)	23680

Zu sehen ist die Verteilung der Antworten der Befragten auf die beiden Aussagen „Unsere Regierung muss viel mehr Geld für Rente und Altenpflege zur Verfügung stellen.“ und „Unsere Regierung gibt zu wenig für Bildung und junge Menschen im Vergleich zu älteren Menschen aus.“ In den grau hinterlegten Feldern finden sich die Befürworter einer explizit altenfreundlichen Politik. Die Gegner einer solchen Politik finden sich in den weißen Feldern.

ebene, einer Abwägung zwischen den beiden Programmen näher zu kommen.

Für den deskriptiven Ländervergleich berechnen wir als Maß für die Stärke des Generationenkonflikts die Differenz zwischen dem Anteil der Befürworter unter den Alten und dem Anteil der Befürworter unter den Jungen. In den multivariaten Mehrebenenmodellen hingegen verwenden wir die vorgestellte binäre abhängige Variable. Dann wird der Regressionskoeffizient bzw. die Differenz in den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten, eine altenfreundliche Politik zu unterstützen, als Maß für den Generationenkonflikt verwendet.

3.2 Die Generationen – Erklärungsfaktor auf der Individualebene

Um unsere erste Hypothese – ob tatsächlich ein Generationenkonflikt existiert – zu testen, werden die Befragten anhand ihres Alters drei „Generationen“ zugeordnet.⁵ Die Jungen (18–35 Jahre alt) sind noch in der Ausbildung oder gerade dabei, ihre berufliche Karriere zu beginnen und eine Familie zu gründen. Dementsprechend profitieren sie am meisten von Bildungsausgaben. Die Mittleren (36–59

Jahre alt) sind in ihrem Beruf schon etabliert, stellen den größten Teil der arbeitenden Bevölkerung dar und sind somit diejenigen, die die Hauptlast sowohl für Renten- als auch für Bildungsausgaben zu tragen haben. Schließlich sind die Alten (älter als 60 Jahre) am Ende ihres Berufslebens angekommen, haben also den Ruhestand im Blick oder sind bereits in (Teilzeit-)Ruhestand und beziehen Renten oder Pensionen. Persönlich profitieren sie also nicht mehr von Bildungsausgaben, sind jedoch auf Renten- und Pensionszahlungen angewiesen. Eine Kürzung dieser Ausgaben würde sich vermutlich direkt auf ihre Renten auswirken, da sie auch nicht mehr die Möglichkeit haben, eine Rentenkürzung durch vermehrte private Vorsorge auszugleichen.

Diese Einteilung in drei Altersgruppen ist einerseits natürlich sehr vereinfachend, erhöht andererseits aber die Verständlichkeit und Interpretierbarkeit der Ergebnisse. Zudem schließen wir mit dieser Einteilung an bisherige Forschung an, die ebenfalls nur zwei oder drei Altersgruppen unterscheidet (Busemeyer et al. 2009; Goerres 2008). Unsere Ergebnisse erweisen sich als robust gegenüber alternativen Einteilungen der Altersgruppen (Tabelle A6, Modell 1).

Auf der Individualebene kontrollieren wir in unserer multivariaten Analyse für die wichtigsten bekannten Faktoren, die Wohlfahrtsstaatseinstellungen beeinflussen. So ist es möglich, dass Unterschiede zwischen Alten und Jungen nicht aufgrund des Alters bestehen, sondern weil die Jungen beispielsweise

⁵ Der besseren Lesbarkeit wegen bezeichnen wir die drei Altersgruppen etwas umgangssprachlich als die Jungen, die Mittleren und die Alten. Wir hoffen, dass die damit verbundenen, objektiven Kategorien nicht zu sehr durch die im Alltag oft pauschal gebrauchte Verwendung der Begriffe verfärbt werden.

besser gebildet sind und aufgrund ihrer Bildung und nicht aufgrund ihres Alters anderer Meinung sind als die Alten (Goerres & Prinzen 2012). Wir unterscheiden das Bildungsniveau der Befragten gemäß der ISCED-Klassifikation und unterscheiden Grundbildung oder keine Bildung (ISCED 0–2), Sekundarbildung (3–4) und Tertiäre Bildung (5–6). Ergänzend wird eine Ausprägung „In Ausbildung“ eingeführt. Auch zeigt bisherige Forschung, dass das Geschlecht einen Einfluss auf Politikpräferenzen hat. Frauen haben im Durchschnitt ein größeres Risiko, auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen angewiesen zu sein (Sainsbury 1996) und befürworten diese deshalb eher (Blekesaune & Quadagno 2003; Naumann 2014b). Die Häufigkeitsverteilungen der Variablen auf der Individualebene finden sich in Tabelle A1 im Online-Anhang (www.zfs-online.org).

3.3 Die Alterung der Gesellschaft und die Politik des aktiven Alterns – Erklärungsfaktoren auf der Länderebene

Auf der Länderebene konzentrieren wir uns auf zwei Erklärungsfaktoren für Unterschiede in der Stärke des Generationenkonflikts. Das Verhältnis der Zahl der Älteren zu den Jungen (*Altenquotient*) wird als Indikator für das Alter einer Gesellschaft verwendet. Je höher es ist, desto weiter ist der demographische Wandel fortgeschritten, desto älter ist eine Gesellschaft also. Der Altenquotient gibt die Zahl der über 65-jährigen pro hundert 15–64-Jährigen wieder (OECD 2011). Teilhabe, Integration und Präsenz der Älteren in der Gesellschaft operationalisieren wir mit dem *Active Ageing Index* (AAI, vgl. Zaidi et al. 2013). Der AAI misst inwieweit die Älteren in eine Gesellschaft integriert sind, ihre Potentiale nutzen und das Konzept des „aktiven Alterns“ umgesetzt wird. Er besteht aus vier Subindizes, die messen, wie stark Ältere am Arbeitsmarkt beteiligt sind, wie sehr sie am sozialen Leben der Gesellschaft teilnehmen, wie unabhängig sie leben und welche weiteren Entwicklungsmöglichkeiten für das Konzept des „aktiven Alterns“ bestehen. Die vier Subindizes setzen sich aus verschiedenen Indikatoren zusammen. Der erste Subindex (Beschäftigung) wird durch die Beschäftigungsrate der Älteren bestimmt, während der zweite (Gesellschaftliche Teilhabe) vor allem Indikatoren aufnimmt, die freiwilliges Engagement messen. Im dritten Subindex (Unabhängigkeit und Sicherheit) sind beispielsweise der finanzielle Wohlstand der Älteren oder der Zugang zu Gesundheitsleistungen enthalten. Im vierten Subindex findet sich die Lebenserwartung (Potentiale aktiven Al-

terns). Eine detaillierte Übersicht der Indikatoren findet sich bei Zaidi et al. (2013). Der AAI reicht von 0 bis 100, wobei 0 für eine sehr geringe und 100 für eine sehr starke Präsenz der Alten in einer Gesellschaft steht.

Auch auf der Länderebene kontrollieren wir für alternative Erklärungsfaktoren (eine tabellarische Übersicht findet sich in Tabelle A2 im Online-Anhang unter www.zfs-online.de). So ist bekannt, dass die durchschnittliche Ausgabenpräferenz in einem Land von der Höhe der tatsächlichen Ausgaben abhängt (Wlezien 1995). Gibt ein Land bereits sehr viel für Renten und Pensionen aus, so tritt in der Regel ein Sättigungseffekt auf, und die Bürger dieses Landes wollen nicht noch mehr Investitionen in diesem Bereich. Gleiches trifft natürlich auch für die Bildungsausgaben zu. Um zu messen, wie altengerecht die Ausgabenpolitik eines Landes bereits ist, setzen wir die Ausgaben für Renten und Pensionen, gemessen als prozentualer Anteil am Bruttoinlandsprodukt, zu den Bildungsausgaben, gemessen als prozentualer Anteil am Bruttoinlandsprodukt, ins Verhältnis. Dieser Indikator nimmt umso größere Werte an, je altengerechter die Ausgabenpolitik eines Landes ist. Zudem dient der Indikator zusätzlich als Kontrollvariable für die verschiedenen Alterssicherungssysteme der Länder und deren Stellung im Vergleich zum Bildungssystem. Die Ausgestaltung der bestehenden Alterssicherungssysteme hat nämlich einen Einfluss auf die Ausgabenpräferenzen. Ein wichtiger Indikator in dieser Hinsicht ist die Rolle des Staates bei der Finanzierung der Renten. Diese operationalisieren wir durch den Anteil öffentlicher und verpflichtend privater Ausgaben für Renten an den Gesamtausgaben für Renten. So ist anzunehmen, dass in Ländern, in denen nur ein geringer Teil der Renten staatlich finanziert wird, das Konfliktpotential bezüglich staatlicher Transfers vergleichsweise gering ist. Schließlich sind Ausgabenpräferenzen auch stark von der wirtschaftlichen Situation eines Landes geprägt. Ist ein Land wirtschaftlich erfolgreich, so sind die Personen in der Regel eher bereit, Geld für den Wohlfahrtsstaat auszugeben (Luttmer & Singhal 2011). Deshalb wird das Bruttoinlandsprodukt (je Einwohner zu Marktpreisen) als Kontrollvariable in unsere multivariate Auswertung aufgenommen.

Eine alternative Strategie zur Einbeziehung des institutionellen Kontexts in die Erklärung der Länderunterschiede ist die Verwendung von Wohlfahrtsstaatstypen (Esping-Andersen 1990) oder einer Unterteilung der Länder nach Rentensystemen (Ebbinghaus 2011). In der Literatur wird die Verwen-

dung von Typologien zur Erklärung von Einstellungen jedoch zunehmend kritisch gesehen (Arts & Gelissen 2001; Jæger 2006). Zum einen gelten die klassischen Wohlfahrtsstaatstypen als zu weit gefasst und unspezifisch, um Unterschiede zwischen einzelnen Bereichen des Wohlfahrtsstaates dokumentieren zu können. Zum anderen sind diese Typologien ein zu statisches Konzept, das ungeeignet ist, kontinuierliche Veränderungen über die Zeit oder graduelle Unterschiede zwischen den Ländern zu erfassen.

4. Ergebnisse

4.1 Deskriptive Ergebnisse

Im Folgenden werden wir zunächst einen Überblick geben, ob und in welchem Ausmaß ein Generationenkonflikt in Europa vorzufinden ist. Diese deskriptiven Ergebnisse werden im Hinblick auf die Alterung der jeweiligen Gesellschaft interpretiert und geben damit einen ersten Hinweis auf einen möglichen Zusammenhang. Die Ergebnisse des multivariaten Mehrebenenmodells werden im Anschluss daran dargestellt.

Wie die Ausgabenpräferenzen in Europa verteilt sind, lässt sich in Abbildung 3 im oberen linken Panel sehen. Dargestellt ist der Anteil der Befürworter einer explizit altenfreundlichen Politik an der gesamten Bevölkerung des jeweiligen Landes. Je dunkler ein Land eingefärbt ist, desto stärker ist die Zustimmung zu einer altenfreundlichen Ausgabenpolitik, die für mehr Ausgaben im Bereich der Renten und weniger Ausgaben für Bildung steht. Einen sehr hohen Anteil an Befürwortern von mehr als 50 Prozent der Bevölkerung gibt es in Großbritannien, Ungarn, den Niederlanden und Schweden. Die niedrigsten Anteile finden sich in Deutschland, Polen, Tschechien und den baltischen Staaten, wo jeweils zwischen 20 und 30 Prozent der Bevölkerung eine explizit altenfreundliche Politik wünschen. Eine niedrige Zustimmung findet sich auch in Italien und im Südosten Europas, während Portugal, Spanien, Frankreich, Belgien, Dänemark und Finnland eine höhere Zustimmung zwischen 40 und 50 Prozent aufweisen.

Um einen Eindruck von der Stärke des Interessenkonflikts zwischen Jungen und Alten zu gewinnen, sind in der oberen rechten Karte die Unterschiede zwischen den Altersgruppen in ihrer Zustimmung zu einer explizit altenfreundlichen Politik dargestellt. Als Maß für den Interessenkonflikt berechnen wir die Differenz zwischen dem Anteil der Be-

fürworter unter den Alten (60 Jahre und älter) und dem Anteil der Befürworter unter den Jungen (jünger als 35 Jahre).⁶

Die Länder werden in vier Gruppen eingeteilt. In Ländern mit einem starken Generationenkonflikt, die schwarz bzw. dunkelgrau eingefärbt sind, ist der Anteil der Befürworter unter den Alten deutlich höher als unter den Jungen (6–12 Prozentpunkte Differenz bzw. sogar 12–21 Prozentpunkte). In Spanien, Großbritannien und Irland, in Dänemark, Finnland und in Südosteuropa besteht ein sehr starker Interessenkonflikt zwischen Jungen und Alten. In den hellgrau eingefärbten Ländern (bspw. Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden und Polen) ist der Generationenkonflikt nur sehr schwach und Alte und Junge unterscheiden sich in ihrer Zustimmung zu einer altenfreundlichen Politik lediglich um 0–7 Prozentpunkte. Etwas überraschend gibt es auch Länder, in denen die Zustimmung unter den Jungen höher ist als unter den Alten. Das ist in den Beneluxländern, den baltischen Staaten Lettland und Litauen sowie in Griechenland und Portugal der Fall.

Entgegen unserer Erwartung zeigt sich also, dass in einigen europäischen Ländern tatsächlich ein Interessenkonflikt zwischen Alten und Jungen über die wohlfahrtsstaatliche Ausgabenpolitik besteht. Zu klären ist nun, ob dieser Interessenkonflikt mit der bereits stattfindenden Alterung der europäischen Bevölkerung in Zusammenhang steht. Unsere beiden wichtigsten unabhängigen Variablen auf der Länderebene sind in den beiden unteren Karten in Abbildung 3 dargestellt (die genauen Werte für jedes einzelne Land finden sich in Tabelle A3 im Anhang). Ein Zusammenhang zwischen der Stärke des Generationenkonflikts und dem Alter einer Gesellschaft (linke untere Karte in Abbildung 3) lässt sich zunächst nicht erkennen. Es gibt sowohl „junge“ Länder wie Rumänien, Irland oder Tschechien als auch „alte“ Länder wie Finnland oder Estland, in denen der Generationenkonflikt ausgeprägt ist. Schon eher lässt sich ein leichter Zusammenhang zwischen der Präsenz der Älteren (untere rechte Karte in Abbildung 3) und der Stärke des Generationenkonflikts erkennen. In Ländern, in denen Ältere aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben (dunkel eingefärbt), ist der Generationenkonflikt

⁶ Zum besseren Verständnis soll hier eine Beispielrechnung vorgeführt werden: In einem Land sind 50 % der über 65-Jährigen und 40 % der unter 35-Jährigen Befürworter einer explizit altenfreundlichen Politik. Die Differenz von 10 % ergibt sich aus der Subtraktion der Prozentzahlen.

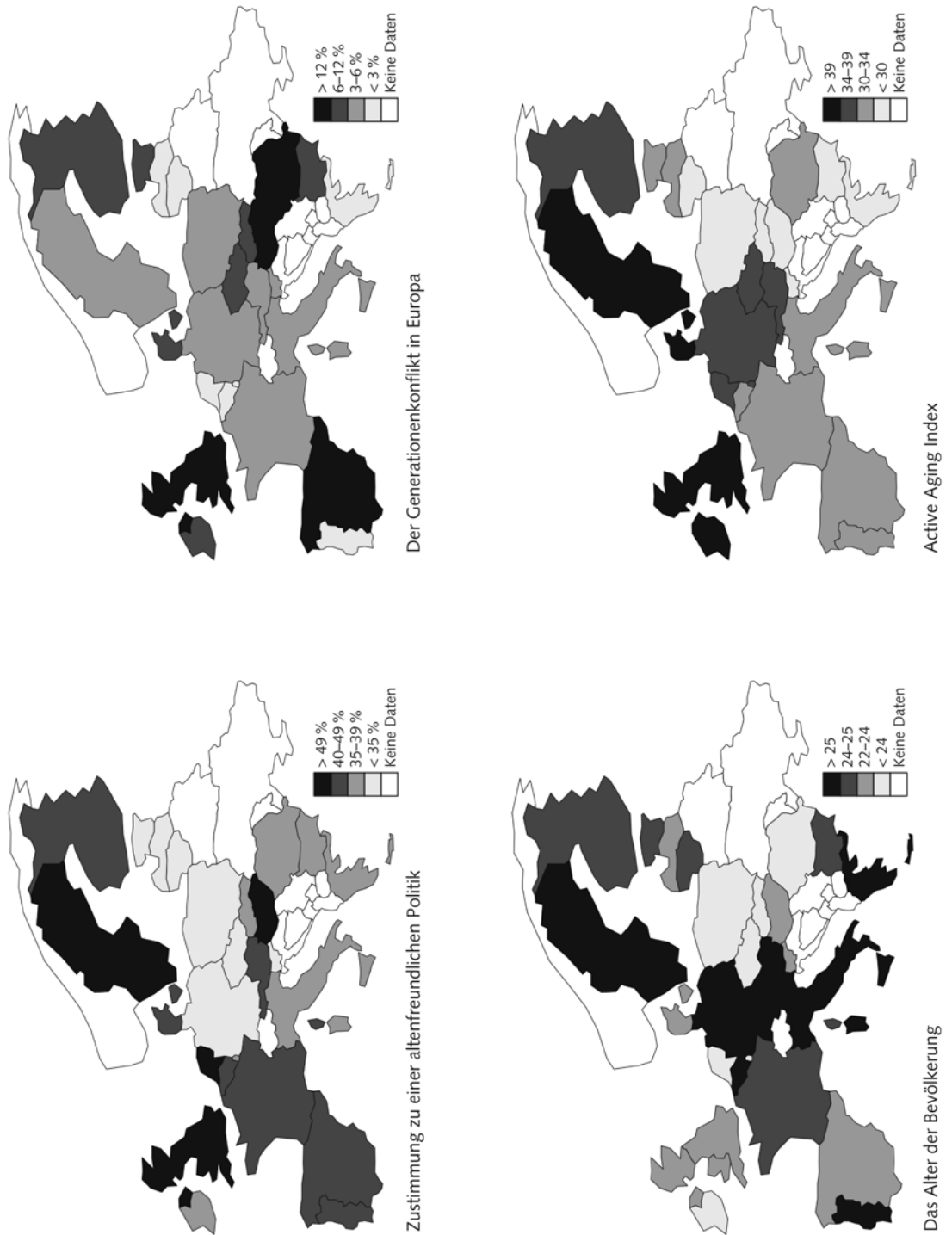


Abb. 3: Altenfreundliche Politik, der Generationenkonflikt, der Altenquotient und der AAI in Europa

vergleichsweise schwächer (helle Länder in der oberen linken Karte). Dies ist beispielsweise in Deutschland, Österreich und Schweden der Fall. Im Gegensatz dazu ist der Generationenkonflikt in vielen Ländern mit einer wenig aktiven alten Bevölkerung stärker ausgeprägt (Tschechien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien aber auch Spanien). Dies widerspricht Hypothese 2a, stützt aber Hypothese 2b.

4.1 Multivariate Analysen

Der Generationenkonflikt in Europa

Mit einer multivariaten Mehrebenen-Regression auf der Grundlage aller 27 Länder wird nun geschätzt, ob tatsächlich ein Generationenkonflikt in den untersuchten Ländern besteht und auf welche Faktoren die Variation der Stärke des Generationenkonflikts zwischen den Ländern zurückzuführen ist.

Die deskriptive Analyse hatte erste Hinweise gegeben, dass Alte und Junge unterschiedliche Präferenzen haben, in welches Politikfeld der Staat Geld investieren sollte. In vielen Ländern bevorzugt ein größerer Anteil der Alten eine altenfreundliche Ausgabenpolitik, während die Jungen eher eine ausgewogene oder eine jungenfreundliche Ausgabenpolitik befürworten. Dieser Interessenkonflikt zeigt sich auch in der multivariaten Analyse im Durchschnitt aller Länder und unter Kontrolle des Geschlechts und der Bildung (Tabelle 2). Demnach ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Befragter, der älter als 59 Jahre ist, eine altenfreundliche Ausgabenpolitik bevorzugt, signifikant höher als die eines jungen Befragten (34 Jahre oder jünger).

Auf der Grundlage der Koeffizienten des Mehrebenenmodells veranschaulicht Abbildung 4 den Generationenkonflikt über die Ausgabenpolitik. Hier ist für jede der drei Altersgruppen die Wahrscheinlichkeit dargestellt, eine altenfreundliche Politik zu befürworten. Um die statistische (Un)Sicherheit der Schätzung deutlich zu machen, werden die 95 %-Konfidenzintervalle dargestellt. Die senkrechte Linie zeigt den Gesamtdurchschnitt aller Befragten an. Knapp 42 % befürworten eine altenfreundliche Ausgabenpolitik. Fast die Hälfte der europäischen Bürger ist also dafür, die Ausgaben für Renten zu erhöhen, aber nicht die für Bildung. Vergleicht man die Zustimmung zwischen den Altersgruppen, so ist ein deutlich geringerer Anteil der Jungen für eine altenfreundliche Ausgabenpolitik (39 %), während die Zustimmung unter den Alten mit 43,3 % signifikant höher ausfällt. Dieses Ergeb-

nis bestätigt bisherige Befunde, die zeigen, dass das Rentensystem (genauso wie das Gesundheitssystem) zu den populärsten Bereichen des Sozialstaats gehört, während Ausgaben für Bildung oder auch für Familienpolitik deutlich umstrittener sind (Ullrich 2008). Der festgestellte Interessenkonflikt zwischen Alten und Jungen entspricht nicht ganz unseren Erwartungen, da die spieltheoretische Analyse vorhergesagt hatte, dass Alte wie Junge in gleichem Maße ein Interesse an intergenerationalen Transferzahlungen haben sollten. Eine mögliche Erklärung dafür, weshalb wir dennoch einen Unterschied zwischen Alten und Jungen finden, ist, dass der demografische Wandel und die Alterung der Gesellschaft im Jahr 2009 bereits stattgefunden haben und wir deren Auswirkungen nun bereits in unseren Ergebnissen vorfinden.

Das Alter der Gesellschaft und der Generationenkonflikt

Die Frage, ob sich der Generationenkonflikt mit einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft (weiter) verstärkt, ist ein wiederkehrendes Thema der politischen und gesellschaftlichen Diskussion. Die mögliche Entstehung von ‚neuen‘ Interessengruppen und Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft ist auch aus sozialwissenschaftlicher Sicht von großem Interesse. Im Sinne einer anschaulichen Interpretation werden die Ergebnisse der multivariaten Analyse auf der Länderebene im Folgenden in Grafiken dargestellt (Abbildung 5 und Abbildung 6). Diese Grafiken beruhen dabei auf den geschätzten Mehrebenenmodellen (Tabelle 2) und kontrollieren damit für Kompositionseffekte der Individualebene sowie für mögliche Drittvariablen auf der Länderebene. Die Abbildungen veranschaulichen die Cross-Level-Interaktionseffekte, indem sie die Differenz der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit, eine altenfreundliche Ausgabenpolitik zu unterstützen, zwischen Alten und Jungen als Maß für den Generationenkonflikt darstellen (y-Achse) und mit dem Alter bzw. dem AAI in Zusammenhang bringen. Die Haupteffekte der Ländervariablen auf die Zustimmung zu altenfreundlicher Ausgabenpolitik wurden dabei ebenso geschätzt. Sie sollen zunächst kurz dargestellt werden.

Unsere Ergebnisse zeigen einen signifikanten, positiven Zusammenhang zwischen dem AAI und der Zustimmung zu einer altenfreundlichen Ausgabenpolitik. Je aktiver die Alten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, desto größer ist die Zustimmung für Renten- im Vergleich zu der für Bildungsausgaben. Dieser Zusammenhang ist nicht durch die

Tabelle 2: Mehrebenenmodell zur Erklärung der altenfreundlichen Ausgabenpräferenz

	Altenfreundliche Ausgabenpräferenz			
	M1	M2	M3	M4
<i>Individualebene</i>				
Alter				
Referenzkategorie: Junge (< 35 Jahre)				
Mittlere (35–59 Jahre)	0.146* (0.042)	0.144* (0.042)	0.143* (0.042)	0.143* (0.042)
Alte (> 59 Jahre)	0.184* (0.045)	0.183* (0.044)	0.182* (0.045)	0.182* (0.045)
Geschlecht				
Referenzkategorie: Mann				
Frau	0.160* (0.028)	0.160* (0.028)	0.160* (0.028)	0.160* (0.028)
Bildung				
Referenzkategorie: Grundbildung oder keine Bildung				
Sekundarbildung	0.016 (0.040)	0.017 (0.041)	0.016 (0.040)	0.016 (0.040)
Tertiäre Bildung	0.053 (0.043)	0.053 (0.043)	0.053 (0.043)	0.053 (0.043)
In Ausbildung	-0.087 (0.072)	-0.088 (0.073)	-0.089 (0.073)	-0.089 (0.073)
<i>Länderebene</i>				
Altenquotient (zentriert)		-0.015 (0.019)	-0.010 (0.021)	-0.015 (0.019)
Active Ageing Index (zentriert)		0.069* (0.022)	0.069* (0.023)	0.072* (0.024)
Altenfreundliche Ausgabenpolitik (zentriert)		0.183 (0.147)	0.183 (0.147)	0.184 (0.147)
Bruttoinlandsprodukt (BIP) (zentriert)		-0.006 (0.006)	-0.006 (0.006)	-0.006 (0.006)
<i>Cross-Level Interaktionen</i>				
Referenzkategorie: Altenquotient x Junge				
Altenquotient x Mittlere			-0.009 (0.010)	
Altenquotient x Alte			-0.003 (0.010)	
Referenzkategorie: Active Ageing Index x Junge				
Active Ageing Index x Mittlere				0.003 (0.009)
Active Ageing Index x Alte				-0.016* (0.009)
Konstante		-0.574* (0.076)	-0.573* (0.077)	-0.571* (0.077)
ICC (Länderebene)	0.035*	0.023*	0.023*	0.023*
N (Länder)		27		
n (Befragte)		23244		

Anmerkung: Unstandardisierte Logit-Koeffizienten, Standardfehler in Klammern, * p < .10, + p < .05

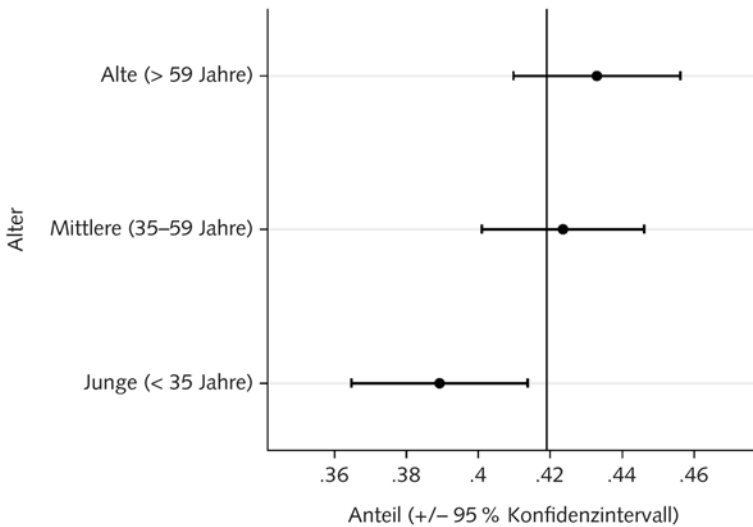


Abb. 4 Der Generationenkonflikt – Zustimmung zu altenfreundlicher Ausgabenpolitik

Anmerkung: Die senkrechte Linie gibt den Gesamtmittelwert an

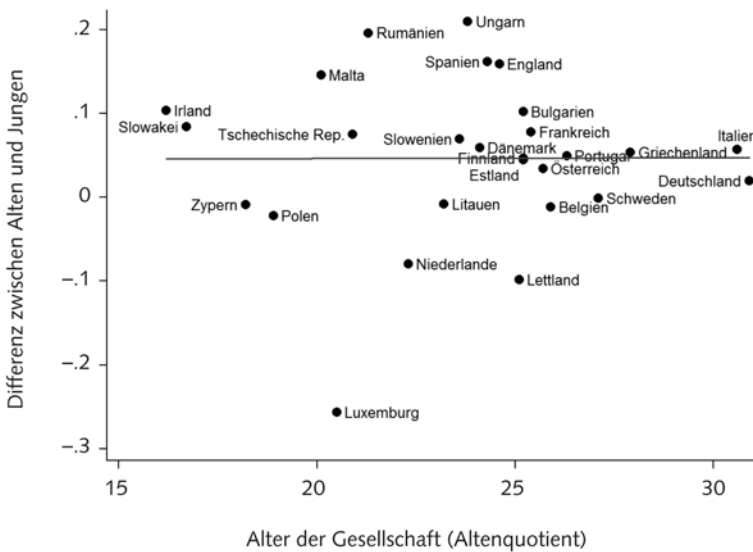


Abb. 5 Die Alterung der Gesellschaft und der Generationenkonflikt

größere Anzahl der Alten im jeweiligen Land zu erklären. Zwischen dem Alter einer Gesellschaft und einer altenfreundlichen Ausgabenpräferenz besteht kein signifikanter Zusammenhang. Wenn überhaupt, so führen die Alterung der Gesellschaft und ein damit zunehmender Reformdruck dazu, dass die Bevorzugung von Renten- gegenüber Bildungsausgaben schwächer wird. Ein positiver, jedoch statistisch nicht signifikanter Zusammenhang besteht auch mit der tatsächlichen Ausgabenpolitik. Je altenfreundlicher die Ausgabenpolitik in einem Land ist, desto stärker ist die Zustimmung. Dieses Ergebnis

widerspricht einem vermuteten Sättigungseffekt (Wlezien 1995), bestätigt jedoch die bisherige Forschung, die eine Kongruenz von bestehenden Institutionen und der öffentlichen Meinung feststellt (Monroe 1979; Page & Shapiro 1992). Der Wohlstand einer Gesellschaft, operationalisiert durch das Bruttoinlandsprodukt, hat keinen Einfluss auf die Ausgabenpräferenzen.

In Abbildung 5 wird unser Indikator für die Stärke des Konflikts (hier die Differenz zwischen Alten und Jungen in den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten, einer altenfreundlichen Ausgabenpolitik zu-

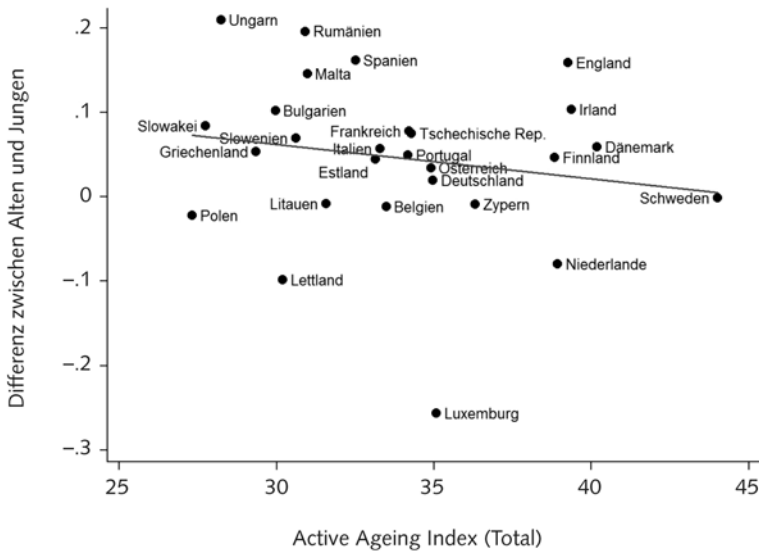


Abb. 6 Active Ageing und der Generationenkonflikt

zustimmen) mit dem Alter der Gesellschaft in Zusammenhang gebracht. In den Ländern in der oberen Hälfte der Abbildung besteht ein starker Interessenkonflikt zwischen Alten und Jungen. Länder, in denen nur ein sehr kleiner oder kein Interessenkonflikt zwischen Alten und Jungen besteht, finden sich im mittleren Teil der Abbildung um die Nulllinie (Zypern, Polen, Litauen, Belgien, Schweden). Etwas überraschend gibt es drei Länder (Niederlande, Lettland und Luxemburg), in denen auch unter Kontrolle der oben beschriebenen Variablen die Zustimmung der Jungen zu einer altenfreundlichen Politik stärker ist als die der Alten.

Betrachtet man die Verteilung der Länder, so ist kein Zusammenhang zwischen dem Alter der Gesellschaft und einem Generationenkonflikt festzustellen. Dementsprechend ist keiner der Cross-Level-Interaktionseffekte zwischen dem Altenquotienten des Landes und dem Alter der Befragten signifikant (M3 in Tabelle 2). Wir finden also keine Hinweise, dass der Generationenkonflikt mit einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft stärker wird. Entgegen unserer theoretischen Vorhersage (Hypothese 1) und entgegen der in den Medien häufig geäußerten Befürchtung eines zunehmenden Generationenkonflikts finden wir keinen Hinweis dafür, dass es einen Zusammenhang zwischen der Alterung der Gesellschaft und der Stärke des Generationenkonflikts gibt. Die zunehmende Anzahl der Alten im Verhältnis zu den Jungen führt also offensichtlich nicht dazu, dass die Jungen ausschließlich eigeninteressiert handeln und ihre Bereitschaft für Transferzahlungen an die Alten sinkt.

Die Präsenz der Alten und der Generationenkonflikt

Wie wir gesehen haben, ist die Stärke des Konflikts von der relativen Anzahl an alten Leuten unbeeinflusst. Möglicherweise ist es jedoch viel entscheidender für einen potentiellen Generationenkonflikt, wie die alten Leute in einer Gesellschaft auftreten und wie sichtbar sie sind. Dabei haben wir zwei konkurrierende Hypothesen über den Einfluss der Präsenz der Alten auf den Generationenkonflikt aufgestellt. Einerseits kann eine stärkere Präsenz der Alten im gesellschaftlichen Leben dazu führen, dass die Alterung der Gesellschaft und die damit verbundenen Probleme und Belastungen für die Gesellschaft den Leuten erst bewusst wird. Die Jungen könnten sich beispielsweise durch die zunehmende Anzahl alter Leute am Arbeitsplatz bedroht fühlen, weil sie möglicherweise um ihre eigene Arbeitsstelle fürchten. Dementsprechend hatten wir vermutet, dass eine stärkere Beteiligung der Alten am gesellschaftlichen Leben zu einer Verstärkung des Generationenkonflikts führen kann (H2a). Andererseits macht eine stärkere Präsenz der Alten auch deren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben und zur wirtschaftlichen Leistung eines Landes deutlich. Zudem sind wirtschaftlich unabhängige Alte eben keine Belastung für die Austauschbeziehungen zwischen Alten und Jungen, da der Bedarf für die Unterstützung der Alten geringer wird. Dementsprechend hatten wir vermutet, dass eine stärkere Beteiligung der Alten am gesellschaftlichen Leben auch zu einer Abschwächung des Generationenkonflikts führen kann (H2b).

Als Maß für die Beteiligung der Alten an verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens benutzen wir den AAI. Nimmt der Generationenkonflikt mit einem steigenden AAI zu oder ab? In Abbildung 6 ist deutlich ein negativer Zusammenhang zu erkennen: Je aktiver die Alten in einem Land sind, desto geringer ist der Konflikt zwischen Jungen und Alten bezüglich der Ausgabenpolitik für Renten und Bildung ($p < 0.10$, M4 in Tabelle 2). Wie bereits in den vorherigen Analysen wird dabei für die aktuelle Ausgabenpolitik, das Bruttoinlandsprodukt und die Anzahl der Alten auf der Länderebene und für Bildung und Geschlecht auf der Individualebene kontrolliert.⁷

Der AAI fasst sehr unterschiedliche Bereiche des aktiven Alterns zusammen. Eine Auswertung der Teildimensionen des AAI erlaubt es den Mechanismen näher zu kommen, welche Aspekte des aktiven Alterns in besonderem Maße den Generationenkonflikt beeinflussen. Es zeigt sich, dass der moderierende Effekt des institutionellen Rahmens vor allem auf einem selbständigen und sicheren Leben der Alten beruht (Tabelle A4). Der Generationenkonflikt ist in den Ländern schwächer, in denen es den Älteren finanziell gut geht (niedriges Armutsrisiko, hohes Medianeinkommen der Alten), sie sich sicher fühlen und sie einen guten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen haben. Das unterstützt unsere Argumentation, dass ein Generationenkonflikt nicht zum Tragen kommt, wenn Ältere finanziell unabhängig sind und somit keine Belastung für die junge, arbeitende Bevölkerung darstellen. Die anderen Teildimensionen des AAI haben keinen signifikanten moderierenden Einfluss auf die Stärke des Konflikts. Die Beteiligung der Älteren am Erwerbsleben, in der Zivilgesellschaft oder ihr Gesundheitszustand spielt für die Stärke des Konflikts zwischen Jungen und Alten also eher eine untergeordnete Rolle.

5. Diskussion

Abschließend möchten wir einige Kritikpunkte an unserer Studie diskutieren. Eine Analyse des Generationenkonflikts, die auf allgemeinen Ausgaben-

⁷ Weitere Analysen, welche die Robustheit der Ergebnisse testen, zeigen, dass diese auch dann stabil bleiben, wenn für die Wichtigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung auf der Länderebene kontrolliert und ein alternative Alterseinteilung genutzt wird (Tabelle A6). Auch wenn die beiden Variablen, aus welcher die abhängige Variable konstruiert wurde, einzeln als abhängige Variable in den Modellen genutzt werden, bleiben die Ergebnisse stabil (Tabelle A5).

präferenzen für Renten- und Bildungspolitik beruht, läuft Gefahr, diesen zu unterschätzen. Es wird argumentiert, dass ein Interessenkonflikt erst dann zu Tage tritt, wenn es um sehr konkrete Politikvorschläge geht, bei denen Kosten und Nutzen deutlich erkennbar sind. So finden Wilkoszewski (2009) und Mehlkop & Neumann (2012) einen sehr starken Generationenkonflikt in Deutschland, wenn konkrete Reformvorschläge im Bereich der Renten- und Familienpolitik bewertet werden sollen, beispielsweise eine Erhöhung des Kindergeldes oder der Ausbau von Kindergartenplätzen. Während in Länderstudien dieses Vorgehen bisherige Forschung sinnvoll ergänzt, bringt es in international vergleichenden Arbeiten einige Probleme mit sich. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Sozialsysteme in Europa ist es sehr schwer, einen konkreten Reformvorschlag zu finden, der für Befragte in jedem Land eine vergleichbare Bedeutung und Relevanz hat. Je konkreter die Reformvorschläge sind, desto größer ist zudem die Wahrscheinlichkeit, dass die Einstellungen durch bisherige politische Diskussionen in dem jeweiligen Land geprägt sind. Beides stellt die Vergleichbarkeit der Antworten in einem internationalen Vergleich in Frage. Um trotz der Verwendung von Ausgabenpräferenzen einen Generationenkonflikt nicht zu unterschätzen, haben wir die Antworten auf beide Fragen auf der Individual-ebene so kombiniert, dass die individuelle Abwägung zwischen Bildungs- und Rentenausgaben annähernd erfasst wird. Wir denken, dass wir so einen guten Mittelweg gefunden haben, um sowohl eine Vergleichbarkeit zwischen den Ländern als auch eine Validität der Präferenzen innerhalb der Länder zu gewährleisten.

Eine zentrale Annahme unserer Studie ist, dass die unterschiedlichen Politikpräferenzen von Alten und Jungen auf deren Lebensalter und die jeweils daraus resultierende soziale Lage zurückzuführen ist. Eine mögliche Alternativerklärung wäre allerdings, dass die Unterschiede in den Politikpräferenzen zwischen Alten und Jungen auf Kohorteneffekte zurückzuführen sind, also auf unterschiedliche Sozialisation. Da wir in unserer Untersuchung intergenerationale Interessengegensätze über verschiedene Wohlfahrtsstaatsregime hinweg und sogar in westlichen wie postsozialistischen Ländern finden, halten wir eine Erklärung aufgrund von Kohorten-sozialisation für eher unwahrscheinlich. Auf Grund der Verwendung von Querschnittsdaten in der vorliegenden Studie können wir die Alternativerklärung allerdings nicht empirisch begründet abschließen. Hierzu wäre es wünschenswert, eine ähnliche Untersuchung mit Längsschnittdaten durch-

zuführen oder die vorliegende Studie mit Querschnittsdaten eines anderen Erhebungszeitpunkts, also anhand von anderen Kohorten, zu replizieren.

Intergenerationale Transfers finden nicht nur durch den Staat statt, sondern auch innerhalb der Familie (Kohli 1999). Wie andere Studien zeigen, stehen familiäre und staatliche Transferleistung nicht in einem Konflikt zueinander. Dementsprechend robust zeigen sich unsere Ergebnisse auch gegenüber der empirischen Kontrolle der Bedeutung der Familie. Dennoch macht unsere Studie keine Aussagen darüber, ob sich intergenerationale Transfers in der Familie bzw. Konflikte über deren Ausmaß verändern, wenn die Gesellschaft und insbesondere die Familien altern. Für eine umfassende Untersuchung des Generationenkonflikts vor dem Hintergrund alternender Gesellschaften ist auch das ein wichtiger Bestandteil zukünftiger Forschung.

6. Fazit

In diesem Artikel sind wir der Frage nachgegangen, ob es in Europa einen Generationenkonflikt über die Verteilung von wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben gibt. Insbesondere haben wir die Vermutung überprüft, ob die Alterung der Bevölkerung einen Generationenkonflikt entstehen lässt oder noch weiter verstärkt. Ausgangspunkt der theoretischen Erklärung der individuellen Wohlfahrtsstaatseinstellungen war die in der Literatur vorherrschende Annahme eines rationalen, eigeninteressierten Akteurs. Im Gegensatz zu der in vielen Studien geäußerten Erwartung folgt aus einer strikten Anwendung des Rational-Choice-Ansatzes nicht, dass Alte und Junge sich in ihren Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat unterscheiden sollten. Beide haben ein Interesse an intergenerationalen Transferzahlungen. Erst die Alterung der Gesellschaft sollte zu einem Generationenkonflikt führen. Allerdings erscheint es uns zu kurz gegriffen, unter der Alterung der Gesellschaft ausschließlich die Veränderung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Alten und Jungen zu verstehen. In älter werdenden Gesellschaften sind alte Menschen oft auch präsenter und beteiligen sich zunehmend aktiv am gesellschaftlichen Leben oder auf dem Arbeitsmarkt. Die gesellschaftliche Teilhabe der Älteren ist ein oft vernachlässigter Aspekt der Alterung der Gesellschaft, der jedoch das Potential hat, den Generationenkonflikt in einer Gesellschaft abzuschwächen oder zu verstärken.

Unsere Auswertung von Umfragedaten aus 27 EU-Ländern hat gezeigt, dass es einen Interessenkon-

flikt bezüglich der Ausgaben für Renten und Bildung zwischen den Generationen gibt. Dieser ist jedoch vergleichsweise schwach: Alte und Junge unterscheiden sich in ihrer Zustimmung zu altenfreundlicher Ausgabenpolitik um lediglich 4,3 Prozentpunkte. Dieses Ergebnis passt zu früheren Studien, welche ebenfalls nur einen geringen Konflikt zwischen Jungen und Alten konstatieren (Busemeyer et al. 2009; Sachweh 2011). Allerdings lässt sich aufgrund dieser Ergebnisse unsere Erwartung, dass es keinen Generationenkonflikt zwischen Alten und Jungen gibt, nicht abschließend widerlegen. Dies liegt vermutlich vor allem daran, dass die Alterung der Gesellschaft zum Zeitpunkt unserer Studie im Jahr 2009 bereits seit einigen Jahren stattfindet. Der von uns festgestellte Generationenkonflikt könnte also auch erst durch die Alterung der Gesellschaft verursacht worden sein. Allerdings finden wir für diese Vermutung in unserer vergleichenden Studie keinen weiteren Hinweis. Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Stärke des Generationenkonflikts und der Altersstruktur einer Gesellschaft. Hingegen können wir zeigen, dass der Generationenkonflikt umso schwächer ist, je aktiver die Alten am gesellschaftlichen Leben in einem Land teilhaben. Dies stützt unsere Behauptung, dass die Alterung der Gesellschaft durch die ausschließlich numerischen Verhältnisse von Alten und Jungen nur unzureichend erfasst wird. Viel entscheidender scheint zu sein, wie gut die Alten in eine Gesellschaft integriert sind.

Diese Ergebnisse legen nahe, dass die Politik einem potentiell zunehmenden Generationenkonflikt nicht machtlos gegenüber steht. Während die zahlenmäßige Alterung der Gesellschaft an sich nur in einem sehr begrenzten Ausmaß und eher langfristig beeinflusst werden kann, bestehen bezüglich der Präsenz und der Wahrnehmung der Alten in einer Gesellschaft viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Und genau diese Präsenz der Alten in einer Gesellschaft ist es, die den Generationenkonflikt abschwächt.

Literatur

- Alexander, E., 1987: *The Biology of Moral Systems*. New York: Aldine de Gruyter.
- Arts, W. & J. Gelissen, 2001: Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter? *Acta Sociologica* 44(4): 283–299.
- Aumann, R. J., 1959: Acceptable Points in General Cooperative N-Person Games. S. 287–324 in: A. Tucker & R.D. Luce (Hrsg.), *Contributions to the Theory of Games* (Vol. 4). Princeton: Princeton University Press.

- Aumann, R. J., 1995: Backward Induction and Common Knowledge of Rationality. *Games and Economic Behavior* 8(1): 6–19.
- Axelrod, R. & W.D. Hamilton, 1981: The Evolution of Cooperation. *Science* 211: 1390–1396.
- Bläser, K., 2013: Europa im Spiegel der öffentlichen Meinung: Bilanz und Perspektiven des Eurobarometers nach 40 Jahren. *Leviathan* 41(3): 351–357
- Blekesaune, M. & J. Quadagno, 2003: Public Attitudes toward Welfare State Policies: A Comparative Analysis of 24 Nations. *European Sociological Review* 19(5): 415–427.
- Becker, G., 1981. Altruism in the family and selfishness in the marketplace. *Economica* 48:1–15.
- Boeri, T., A. Borsch-Supan & G. Tabellini, 2001: Would You Like to Shrink the Welfare State? A Survey of European Citizens. *Economic Policy* 16(32): 9–50.
- Bonoli, G. & S. Häusermann, 2009: Who Wants What from the Welfare State? *European Societies* 11(2): 211–232.
- Busemeyer, M.R., A. Goerres & S. Weschle, 2009: Attitudes towards Redistributive Spending in an Era of Demographic Ageing: The Rival Pressures from Age and Income in 14 OECD countries. *Journal of European Social Policy* 19(3): 195–212.
- Dahrendorf, R., 1959: *Class and Class Conflict in Industrial Society*. Stanford: Stanford University Press.
- Daly, M., 2010: Families versus State and Market. S. 139–151 in: F. Castles, S. Leibfried, J. Lewis, H. Obinger & C. Pierson (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford: Oxford University Press.
- Dickson, E. & K. Shepsle, 2001. Working and Shirking: Equilibrium in Public Goods Games with Overlapping Generations of Players. *Journal of Law, Economics, and Organization* 17: 285–318.
- Ebbinghaus, B., 2011: *The Varieties of Pension Governance. Pension Privatization in Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Emery, T., 2012: Intergenerational Conflict: Evidence from Europe. *Journal of Population Ageing* 5(1): 7–22.
- Esping-Andersen, G. & S. Sarasa, 2002: The Generational Conflict Reconsidered. *Journal of European Social Policy* 12(1): 5–21.
- Esping-Andersen, G. 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- European Commission, 2009: *The 2009 Ageing Report: Economic and Budgetary Projection for the EU-27 Member States (2008–2060)*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Friedman, J. W., 1971: A Non-Cooperative Equilibrium for Supergames. *Review of Economic Studies* 38(1): 1–12.
- Fudenberg, D. & E. Maskin, 1990: Evolution and Cooperation in Noisy Repeated Games. *American Economic Review* 80(2): 274–279.
- Goerres, A., 2008: Reforming the Welfare State in Times of Grey Majorities: The Myth of an Opposition between Younger and Older Voters in Germany. *German Policy Studies* 4(3): 131–156.
- Goerres, A. & M. Tepe, 2010: Age-based Self-Interest, Intergenerational Solidarity and the Welfare State: A Comparative Analysis of Older People's Attitudes towards Public Childcare in 12 OECD countries. *European Journal of Political Research* 49(6): 818–851.
- Goerres, A. & K. Prinzen, 2012: Using Mixed Methods for the Analysis of Individuals. A Review of Necessary and Sufficient Conditions and an Application to Welfare State Attitudes. *Quality & Quantity* 46: 415–450
- Hammond, P., 1975: Charity: Altruism or Cooperative Egoism. S. 115–131 in: E.S. Phelps (Hrsg.), *Altruism, Morality, and Economic Theory*. New York: Russell Sage.
- Hox, J. J., 2010: *Multilevel Analysis: Techniques and Applications*. New York: Routledge.
- Ingelhart, R. & Welzel, C. 2005: *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Iversen, T. & D. Soskice 2001: An Asset Theory of Social Policy Preferences. *American Political Science Review* 95(4): 875–894
- Jæger, M. M., 2006: Welfare Regimes and Attitudes Towards Redistribution: The Regime Hypothesis Revisited. *European Sociological Review* 22(2): 157–170.
- Keck, W. & A. Blome, 2008: Is there Generational Cleavage in Europe? Age-specific Perceptions of Elderly Care and of the Pension System. S. 73–99 in: J. Alber, T. Fahey & C. Saraceno (Hrsg.), *Handbook of Quality of Life*. London: Routledge.
- Kohli, M., 1999: Private and Public Transfers between Generations: Linking the Family and the State. *European Societies* 1: 81–104.
- Kohli, M. & H. Kühnemund (Hrsg.), 2005: *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*. Wiesbaden: VS.
- Korpi, W. & J. Palme, 2003: New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries, 1975–95. *American Political Science Review* 97: 425–446.
- Kotlikoff, L. & S. Burns, 2004: *The Coming Generational Storm: What You Need to Know about America's Future*. New York: MIT Press.
- Kumlin, S., & I. Stadelmann-Steffen (Hrsg.), 2014: *How Welfare States Shape the Democratic Public: Policy Feedback, Participation, Voting, and Attitudes*. Edward Elgar.
- Luttmer, E.F.P. & M. Singhal, 2011: Culture, Context, and the Taste for Redistribution. *American Economic Journal* 3(1): 157–179.
- Mau, S., 2003: *Moral Economy of Welfare States: Britain and Germany Compared*. London: Routledge.
- May, C., 2013: Generation in itself or for itself? *European Societies* 15: 4–25.
- Mehlkop, G. & R. Neumann, 2012: The Explanation of Preferences for Family Benefits. Empirical Evidence of the Interplay between Rational Choice and Attitudes towards Family and Children. *Zeitschrift für Soziologie* 41(3): 182–206.
- Meltzer, A. & S. Richard, 1981: A Rational Theory of the Size of Government. *The Journal of Political Economy* 89(5) : 914–927.

- Mettler, S., & J. Soss, 2004: The Consequences of Public Policy for Democratic Citizenship: Bridging Policy Studies and Mass Politics. *Perspectives on Politics* 2(1): 55–73.
- Monroe, A.D., 1979: Consistency between Public Preferences and National Policy Decisions. *American Politics Quarterly* 7(1): 3–19.
- Motel-Klingebiel, A., C. Tesch-Roemer & H. von Kondratowitz, 2005: Welfare States do not Crowd Out the Family: Evidence for Mixed Responsibility from Comparative Analyses. *Ageing & Society* 25: 863–882.
- Naumann, E., 2014a: Raising the Retirement Age: Retrenchment, Feedback and Attitudes. S. 223–243 in: Kumlin, S. & I. Stadelmann-Steffen (Hrsg.), *How Welfare States Shape the Democratic Public*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Naumann, E., 2014b: Increasing Conflict in Times of Retrenchment? Attitudes towards Healthcare Provision in Europe between 1996 and 2002. *International Journal of Social Welfare* 23(3): 276–286.
- OECD, 2011: Pensions at a Glance 2011: Retirement-income Systems in OECD and G20 Countries. OECD Publishing.
- Offerman, T., J. Potters & H.A. Verbon, 2001: Cooperation in an Overlapping Generations Experiment. *Games and Economic Behavior* 36(2): 264–275.
- Page, B.I. & R.Y. Shapiro, 1992: *The Rational Public: Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences*. Chicago: University of Chicago Press.
- Prinzen, K., 2014: Intergenerational Ambivalence: New Perspectives on Intergenerational Relationships in the German Welfare State. *Ageing and Society* 34(3): 428–451.
- Riolo, R. L., M.D. Cohen & R. Axelrod, 2001: Evolution of Cooperation without Reciprocity. *Nature* 414: 441–443.
- Sachweh, P., 2011: Wohlfahrtsstaatliche Generationensolidarität und demografischer Wandel – Szenarien, Befunde, Perspektiven. *Bevölkerungsforschung Aktuell* 32 (5): 8–15
- Sachweh, P., 2012: The Moral Economy of Inequality. *Popular Views on Income Differentiation, Poverty, and Wealth*. *Socio-Economic Review* 10(3): 419–445.
- Sainsbury, D., 1996: *Gender, Equality and Welfare States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sinn, H-W. & S. Übelmesser, 2002: Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany. *European Journal of Political Economy* 19: 153–158.
- SORA/ISA, 2013: Analyse Volksbefragung Wehrpflicht 2013. http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2013_Volksbefragung_Wahlanalyse.pdf, [abgerufen am: 23.02.2015].
- Svallfors, S., 2008: The Generational Contract in Sweden: Age-Specific Attitudes to Age-Related Policies. *Policy and Politics* 36(3): 381–396.
- Tepe, M. & P. Vanhuyse, 2009: Are Aging OECD Welfare States on the Path to Gerontocracy? Evidence from 18 Democracies, 1980–2002. *Journal of Public Policy* 29(1): 1–28.
- Ullrich, C. G., 2008: *Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster*. Wiesbaden: VS.
- Van der Heijden, E.C., J.H. Nelissen, J.J. Potters & H.A. Verbon, 1998: Transfers and the Effect of Monitoring in an Overlapping-Generations Experiment. *European Economic Review* 42(7): 1363–1391.
- Vanhuyse, P. & A. Goerres, 2012: *Ageing Populations in Post-Industrial Democracies : Comparative Studies of Policies and Politics*. London: Routledge.
- Wendt, C., M. Mischke & M. Pfeifer, 2011: *Welfare States and Public Opinion: Perceptions of Healthcare Systems, Family Policy and Benefits for the Unemployed and Poor in Europe*. Cheltenham: Edward Elgar.
- WHO, 2002: *Aktiv Altern – Rahmenbedingungen und Vorschläge für politisches Handeln*. Geneva: World Health Organisation.
- Wilkoszewski, H., 2009: Age Trajectories of Social Policy Preferences Support for Intergenerational Transfers from a Demographic Perspective. MPIDR Working Paper 2009–034.
- Wlezién, C., 1995: The Public as Thermostat - Dynamics of Preferences for Spending. *American Journal of Political Science* 39(4): 981–1000.
- Zaidi, A., K. Gasior, M. Hofmarcher, O. Lelkes, B. Marin, R. Rodrigues, A. Schmidt, P. Vanhuyse & E. Zolyomi, 2012: *Active Ageing Index 2012: Concept, Methodology and Final results*. Vienna: European Centre Vienna.

Autorenvorstellung

Elias Naumann, geb. 1981 in Tübingen, Studium der Soziologie (Diplom) und Volkswirtschaft an der Universität Leipzig. Promotion im Jahr 2014 an der Universität Mannheim. Seit 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich 884 „Politische Ökonomie von Reformen“ an der Universität Mannheim. Forschungsschwerpunkte: Politische Soziologie insbesondere vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung und Einstellungen zum Sozialstaat, Verhaltensökonomik, Survey Methodology.

Ausgewählte Publikationen: How Unemployment Experience Affects Support for the Welfare State. *European Sociological Review* (forthcoming); Raising the retirement age: retrenchment, feedback and attitudes, in S. Kumlin & I. Stadelmann-Steffen (Hrsg.): *How Welfare States Shape the Democratic Public: Policy Feedback, Participation, Voting, and Attitudes*. Cheltenham, UK: Edward Elgar, S.223–243; Increasing conflict in times of retrenchment? Attitudes towards healthcare provision in Europe between 1996 and 2002. *International Journal of Social Welfare*, 23: 276–286.

Moritz Hess, geb. 04.05.1984 in Indianola. Studium der Soziologie und Gerontologie in Mannheim, Berlin und Amsterdam. Seit 2012 Mitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Forschungsschwerpunkte: Soziologie des Alter(n), Demographischer Wandel, Wohlfahrtsstaatsforschung.

Neueste Publikationen: Hofäcker, Dirk; Heß, Moritz & Naumann, Elias (2015): Changing retirement transitions in times of paradigmatic political change: Towards growing inequalities? In: Torp, Cornelius: Challenges of Aging: Retirement, Pensions, and Intergenerational Justice. Palgrave Macmillan 205–226, Heß, Moritz; von Scheve, Christian; Schupp, Jürgen & Wagner, Gerhard (2013): Members of German Federal Parliament More Risk-Loving Than General Population. DIW Economic Bulletin 4/2013: 20–24.

Leander Steinkopf, geb. 1985 in Seeheim-Jugenheim. Studium der Soziologie, Psychologie und Wissenschaftsphilosophie in Mannheim und Berlin. Seit 2011 Doktorand an der Freien Universität Berlin. Forschungsschwerpunkt: Evolutionäre Psychologie, Placebo Effekt, Kommunikation und Kooperation.

Wichtigste Publikationen: The Signaling Theory of Symptoms: An Evolutionary Explanation of the Placebo Effect, *Evolutionary Psychology* 13, 2015: 1–12; Sarajevo – Leben und Lähmung, *Merkur* 68, 2014: 701–710; Nonresponse und Interviewer-Erfolg im Telefoninterview: empirische Untersuchungen zum Einfluss stimmlicher Eigenschaften, *MDA* 4, 2010: 3–26.